

Antrag

der Abgeordneten Michael Neumann, Dr. Michael Naumann, Ingo Egloff, Dr. Martin Schäfer, Britta Ernst, Elke Badde, Jan Balcke, Ksenija Bekeris, Thomas Böwer, Ole Thorben Buschhüter, Wilfried Buss, Bülent Ciftlik, Gabriele Dobusch, Anja Domres, Dr. Andreas Dressel, Barbara Duden, Gunnar Eisold, Günter Frank, Andy Grote, Uwe Grund, Metin Hakverdi, Dirk Kienscherf, Rolf-Dieter Klooß, Martina Koeppen, Anne Krischok, Philipp-Sebastian Kühn, Gerhard Lein, Arno Münster, Christel Oldenburg, Dr. Mathias Petersen, Thies Rabe, Wolfgang Rose, Andrea Rugbarth, Dr. Monika Schaal, Jana Schiedek, Stefan Schmitt, Sören Schumacher, Karl Schwinke, Dr. Dorothee Stapelfeldt, Carola Thimm, Karin Timmermann, Juliane Timmermann, Dr. Peter Tschentscher, Carola Veit, Thomas Völsch (SPD)

**Betr.: Kleine Betriebe besser unterstützen – mehr Ausbildungsplätze durch
Einrichtung einer Umlage für mehr Ausbildungsplätze**

Die Ausbildungsplatzsituation in Hamburg hat sich trotz steigender Ausbildungsplatzangebote und guter konjunktureller Entwicklung nicht wesentlich entspannt. Ein Grund dafür ist die in den vergangenen Jahren zunehmende Verdrängung Hamburger Jugendlicher ohne Abitur oder mittlerem Abschluss aus dem Hamburger Ausbildungsmarkt und dem sich auch daraus aufbauenden hohen Stand an Altbewerberinnen und Altbewerbern.

Seit einigen Jahren geht die Hälfte der Ausbildungsplätze in Hamburg an jugendliche Bewerberinnen und Bewerber aus den umliegenden Bundesländern. Die Erwartungen der Ausbildungsbetriebe an die schulischen Eingangsvoraussetzungen der Jugendlichen sind in Hamburg stark gestiegen. Von allen Jugendlichen, die in Hamburg 2006 einen Ausbildungsvertrag unterschrieben haben, hatten 30,3 Prozent das Abitur. Im Bund sind es nur 16,1 Prozent. Nur 17,4 Prozent der Ausbildungsverträge in Hamburg gingen an Jugendliche mit Hauptschulabschluss, im Bund sind es dagegen 27,6 Prozent. In den verschiedenen berufsschulischen Vorbereitungsmaßnahmen (4337) und Bildungsgängen der voll- beziehungsweise teilqualifizierenden Berufsfachschulen (10690) besuchen insgesamt 15.027 Schülerinnen und Schüler eine Übergangsmaßnahme der beruflichen Schulen – dies entspricht einem kompletten Schülerabgangsjahrgang. Über 50 Prozent der Ausbildungsplatzbewerber kommen zu Beginn eines Ausbildungsjahres nicht mehr aus dem aktuellen Schülerabgangsjahrgang. Laut Arbeitsagentur Hamburg kamen 2007 von den 9.601 Bewerberinnen und Bewerbern nur 2.784 Schulabgänger aus demselben Jahr. 2.366 Bewerber warteten schon ein Jahr, 3.775 warteten schon zwei Jahre und 676 noch länger. Der Druck auf den Hamburger Ausbildungsmarkt wird nicht nachlassen, schon im Sommer 2010 verlässt in Hamburg ein doppelter Abiturientenjahrgang die Hamburger Gymnasien. Weitere doppelte Abiturientenjahrgänge der umliegenden Bundesländer folgen.

Sowohl die Ausbildungsfähigkeit vieler Jugendlicher, als auch die Ausbildungsbereitschaft vieler Betriebe muss gestärkt werden. Der Ausbildungsbonus der Bundesregierung wird einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Altbewerbernachfrage auf dem Ausbildungsmarkt leisten. Weitere Unterstützungsmaßnahmen sind notwendig, besonders für kleinere Betriebe, die zur Ausbildung notwendige Teilbereiche nicht eigenständig abdecken können. Sie sollen durch bessere Unterstützung und Begleitung gewonnen werden, selbst auszubilden. Eine von den Kammern selbst erhobene und verwaltete

Ausbildungsumlage kann hier der richtige Weg sein. In diesem Zusammenhang sollte auch an eine Stärkung der „Überbetrieblichen Lehrunterweisung“ gedacht werden, die im Baugewerbe erfolgreich praktiziert wird, um kleine Betriebe von Unterweisungsaufgaben in speziellen Gebieten zu entlasten.

Die Bürgerschaft möge beschließen,

der Senat wird aufgefordert,

1. darauf hinzuwirken, dass eine von den Kammern erhobene und verwaltete Ausbildungsumlage eingeführt wird, um kleine Betriebe in die Lage zu versetzen, duale Ausbildungsplätze anzubieten beziehungsweise deren Ausbildungskapazitäten auszuweiten.
2. Ausbildungsbetriebe von Prüfungsgebühren zu entlasten.
3. angelehnt an die erfolgreiche Konzeption und Durchführung der sozialpädagogischen Ausbildungsbegleitung der Einstiegsqualifizierungsmaßnahmen (EQJ) die sozialpädagogische Ausbildungsbegleitung schwacher Jugendlicher in Hamburg besonders zugunsten kleiner Betriebe auszuweiten.
4. die Verbundausbildung weiter zu entwickeln und auszubauen (Beispiel: Externes Ausbildungsmanagement, EXAM).
5. bereits bestehende Unterstützungsprojekte der Kammern für ausbildende Betriebe fortzuentwickeln und auszubauen.
6. das Konzept der „Überbetrieblichen Lehrunterweisung“ auszuweiten.
7. zu berichten, wie der Planungs- beziehungsweise Umsetzungsstand bezüglich des „Ausbildungsbonus“ in Hamburg ist.
8. der Hamburgischen Bürgerschaft bis zum 31. Mai 2008 zu berichten.